

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 101. Ratssitzung vom 17. Dezember 2011

### 2094. 2011/345 Weisung vom 21.09.2011: Voranschlag (Budget) 2012

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 100 vom 16.12.2011, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Beschlüsse:

#### Antrag 184.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Wir möchten auf die Sparrunde 2011 zurückkommen und dementsprechend die Gelder wieder so einstellen. Der Kürzung ist beizupflichten.*

**Christine Seidler (SP):** *Beim SVP-Antrag wird auf Kosten von Schulkindern und Verwaltungsangestellten gespart. Es geht um die Anschaffung von neuem Mobiliar in den Schulzimmern. Die Kinder sitzen auf Holzstühlen, nicht auf Ledersofas und der Ersatz wäre auch einem effizienteren Unterhalt dienlich.*

S. 318	40 4040 3119 0200	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Anschaffungen übrige Mobilien: Schule</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>184.</b>	Antrag Stadtrat				3'200'000	Mehrheit
			100'000		3'100'000	Minderheit
						Christine Seidler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Keine Kompensation Sparrunde 2011, Beibehalt Stand 2010

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 60 gegen 53 Stimmen zu.

2 / 38

Gemeinsame Behandlung der Anträge 185. und 186.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Der Betrag 2011 war ausreichend. Wenn der Stadtrat vor einem Jahr kürzen konnte, kann er es ebenso für 2012.*

**Christine Seidler (SP):** *Das Konto dient Reparaturen aller Art: Fassaden- und Zimmerrenovationen, Instandsetzung von Dächern, Ersatz von ausgedienten Küchen, Fenstern und Türen. Investiert man jetzt nicht in den Unterhalt, wird es nachher noch teurer. Wir beantragen deshalb mit der RPK-Mehrheit dem Stadtrat zu folgen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** *Mir ist nicht bekannt, dass es in irgendeine Liegenschaft hineinregnete, weil der letztjährige Betrag unzureichend gewesen wäre.*

**Thomas Schwendener (SVP):** *10% Einsparungen sind möglich, wenn der Wille da ist. Doch so wie es aussieht, ist der Wille durch Ausgabenfreudigkeit ersetzt worden.*

S. 318	40 4040 3141 0100	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV:</b> <b>Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
185.	Antrag Stadtrat				34'548'000	Mehrheit Christine Seidler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
					3'000'000	31'548'000 Minderheit Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: nicht notwendig, Budget 2011 war ausreichend

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 44 Stimmen zu.

Antrag 186.

Kommissionsminderheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Die GLP hat Pauschalanträge auf diese Konti gestellt und sich jetzt enthalten. Der Stadtrat hätte den Auftrag, diese Konti zu streichen. Die Enthaltung der GLP sagt nun aber aus, die Konti doch nicht zu streichen. Die SVP sieht über diese Verwirrung hinweg und beantragt die Kürzung.*

Weitere Wortmeldungen siehe Antrag 185.



3 / 38

S. 319	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3141 0201</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV: Schule</b>				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
<b>186.</b>	Antrag Stadtrat			30'980'000	Mehrheit	Christine Seidler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		3'515'000		27'465'000	Minderheit	Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: nicht notwendig, Budget 2011 war ausreichend

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 43 Stimmen zu.

#### Antrag 187.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Das Konto sollte auf das Niveau 2010 heruntergestrichen werden. Die Überwachung von Verwaltungsgebäuden, Schulen und Parkplätzen in der Stadt Zürich ist genügend gewährleistet. Es ist nicht notwendig, noch mehr Securitas einzustellen und Videoanlagen zu installieren. Zweckmässiger wäre eine effektive Ursachenbekämpfung. Die Minderheit beantragt die Verbesserung.

**Urs Schmid (FDP):** Das Ziel ist die Erhöhung der Sicherheit sowie die Verhinderung von Straftaten wie Vandalismus, Einbruch und Sachbeschädigung. Videoanlagen sind zur Aufklärung und Abschreckung nötig. Die Rechtsgrundlage beruht auf Stadtratsbeschlüssen, die in Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten gemacht wurden. Dem Antrag des Stadtrats ist zustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** Das ist der Charme der Grünen Anti-Videostrategie: Man gibt dem Stadtrat Geld, um die verschiedenen Videoanlagen zusammen zu schalten, dafür will die Partei aber gleichzeitig weniger Kameras einsetzen.

**Thomas Schwendener (SVP):** Bewachte Veloparkplätze sind aber offensichtlich erforderlich. Werden Velos in der Stadt demoliert, beschwerten sich die Grünen als Erste.

S. 320	<b>40 4040 3180 0111</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Verwaltung und öffentliche Einrichtungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>187.</b>	Antrag Stadtrat				3'701'000	Mehrheit
			500'000		3'201'000	Minderheit
						Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wylter (SP) Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Senkung der Bewachungskosten auf das Niveau Rechnung 2010

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 30 Stimmen zu.

#### Antrag 188.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Weil Stadtrat André Odermatt eine Budgetüberschreitung vermeiden wollte, musste der Bau des Schulhauses Blumenfeld um ein Jahr verschoben werden. Der gute Wille ist loblich, unglücklich ist jedoch, dass es gerade die Bildungsstätte in Affoltern trifft. Damit die Schule nun bis 2016 realisiert werden kann, muss die 2011 nicht vollzogene Altlastensanierung inklusive Baugruppe im Budget Dienstleistungen 2012 eingestellt und diesen Sommer ausgeführt werden. Natürlich ist das Vorgehen ungewöhnlich, weil man Vorbereitungen macht, bevor über den Baukredit entschieden wurde. Die Situation im Blumenfeld ist jedoch so prekär, dass sämtliche Optionen geprüft werden müssen.

**Urs Schmid (FDP):** Die Fertigstellung der Schule auf das Schuljahr 2015/2016 setzt ein anspruchsvolles Terminprogramm voraus, das von allen Projektbeteiligten und Entscheidungsgremien grossen Einsatz sowie eine schnelle Entscheidungsfindung verlangt. Auf eine mögliche Projektoptimierung und Anpassung muss deshalb aus zeitlichen Gründen verzichtet werden. Die Minderheit beantragt dem Stadtrat zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Auch wenn anzunehmen ist, dass das Volk dem Bau zustimmen wird: Es ist sehr speziell, mehrere Millionen für eine Altlastensanierung auszugeben, bevor es eine Abstimmung gab. Die Stadt ist derzeit stolz auf ihr Leuchtturmprojekt Modularschule, für das wir gerade Unsummen ausgeben. Die Lage in Affoltern ist nicht dermassen misslich, dass die SchülerInnen unbedingt 2016 in das neue Schulhaus einziehen müssen. Wenn die Modularschule schon durchs Band gelobt wird, kann sie als Zwischenlösung ruhig noch ein wenig weiter betrieben werden.

**Catherine Rutherford (AL):** Die Schule Blumenfeld ist nicht nur für die ortsansässigen SchülerInnen essenziell. Sie hat, als Angelpunkt im Neubaugebiet Affoltern, auch eine wichtige Bedeutung für das Quartier. Das Augenmerk sollte deshalb nicht auf dem schnellen Wohnungsbau liegen, sondern auf der fixen Fertigstellung dieser Lehranstalt.

**Jean-Claude Virchaux (CVP):** Den Betrag im Budget unterstützen wir nicht, wohl aber das Postulat. Irgendwann im Jahr 2018 werden wir über 50 Modularschulen in der Stadt angeschafft haben. Jede dieser Anlagen kostet uns 2 Millionen Franken. Sie bleiben dennoch Provisorien und sind nicht zu vergleichen mit einem Schulhaus, in dem Kinder sich wohlfühlen sollen. Es spricht aber nichts gegen eine vorgezogene Altlastensanierung, wenn dadurch das Projekt Blumenfeld früher fertiggestellt werden kann. Die noch abzuwartende Volksabstimmung ist kein Argument, weil der Entscheid sicher positiv ausfallen wird. Die Kinder verdienen eine definitive Bleibe und sollten nicht von einem Pavillon in den nächsten geschoben werden.

**Roger Liebi (SVP):** Warum müssen wir auf einmal mit kostspieligen Massnahmen dieses Projekt vorziehen? Die unzählig grossen Räumlichkeiten dieses Bauvorhabens waren von Anfang an eine Fehlplanung. Der Stadtrat wollte zuviel, die Schule war deutlich zu teuer. Ich kann nicht nachvollziehen, dass der Gemeinderat erst in die stadträtliche Falle hineintappt, nun zur Projektrettung zusätzliche Kosten genehmigt und überdies noch so tut, als sei er um die SchülerInnen und QuartierbewohnerInnen über die Massen besorgt. Klüger wäre es gewesen, sorgfältiger zu planen, sich einem kleineren Konzept anzuschliessen, dem die zur Verfügung stehenden Gelder genügt hätten. Dann stünde das Schulhaus vermutlich schon. Aber man musste wieder einmal mit der grossen Kelle anrichten und ist jetzt überrascht, dass es nicht funktioniert.

**Walter Angst (AL):** Von Mehrkosten kann hier keine Rede sein. Der Termin der Ausgaben wurde lediglich verschoben. Die 4,5 Millionen Franken waren 2011 schon eingestellt, weil man davon ausging, dass das Detailprojekt in der zweiten Hälfte 2011 ausgearbeitet wird. Stadtrat André Odermatt hat sich mit seiner Massnahme ganz im Sinne der SVP verhalten und gespart. Selbst wenn die Bauplanvorbereitung vorgezogen würde, flösse kein Rappen mehr aus der Kasse. Wie gesagt ist nur die rechtliche Seite sehr umstritten. Dass die SVP am liebsten einen Holzverschlag dorthin stellen möchte, darf ihre Meinung sein. Die Mehrheit des Gemeinderats will aber in Affoltern ein Schulhaus bauen. Deshalb sollten die Budgetmittel so zur Verfügung gestellt und der Terminplan so gelegt werden, dass diese Schule so früh wie möglich bezogen werden kann.

**Marianne Dubs Früh (SP):** Im Schulkreis 11 haben die Zürcher Modularschulen Tradition. Aber in Affoltern ist das Provisorium schon ein Provisorium. Die Kinder verbringen dort den Grossteil des Tages. Würde es Ihnen gefallen, wenn Ihre Kinder von der 1. bis zur 6. Klasse in einem Pavillon unterrichtet werden? Affoltern braucht ein anständiges Schulhaus, das ganz viele Funktionen erfüllt.

**Thomas Schwendener (SVP):** Uns gaukelt man vor, die Pavillons seien noch besser als die bestehenden Bauten. Zudem höre ich von den SchülerInnen dort, dass sie gar nicht mehr weg wollen. Anscheinend behauptet die SP jetzt wieder irgendetwas, wovon sie keine Ahnung hat.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir erstellen keinen Leuchtturm und vermarkten diesen in der Welt. Es werden immer mehr von diesen Pavillons gekauft und da jeder Millionen verschlingt, muss irgendeine Ausstrahlungskraft geltend gemacht werden. Wir sind gegen die Module und die CVP sollte lieber mithelfen, dass nicht noch mehr davon eingekauft werden. Das würde günstiger als das Projekt Blumenfeld.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Wir haben keine Fehlplanung gemacht, sondern das Projekt optimiert. Dadurch wurden auch die Kosten gesenkt, auf einen Betrag, den wir verantworten können. Zwar ist das Vorgehen einer vorgezogenen Altlastensanierung unüblich, jedoch genauso notwendig wie eine frühzeitige Baugrubenabsicherung. Ansonsten droht die Gefahr einer erheblichen Fehlinvestition. Tempo gilt für das ganze Projekt. Mit der Kreischulpflege stehen wir in der Diskussion über einen schulunterjährigen Bezug, damit es nicht ein ganzes Jahr verloren geht, bis das Blumenfeld bezugsbereit ist. Wir beantragen die Ablehnung des Postulats.

S. 320	40 4040 3182 0000	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
188.	Antrag Stadtrat				11'950'000	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)
				4'500'000	16'450'000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Planung Schulanlage Blumenfeld - Mehrbedarf wg. Verzögerung im 2011

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 58 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

#### Antrag 190.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Urs Schmid (FDP):** Es kann nicht sein, dass Departemente Projekte auf Vorrat in der Schublade lagern, bei welchen Ziele und VertragspartnerInnen noch nicht bestimmt sind. Eine dringliche Entschädigung zusätzlicher Projekte besteht nicht. Wir bitten Sie, dem Streichungsantrag zuzustimmen.

**Christine Seidler (SP):** Immobilien-Bewirtschaftung der Stadt Zürich (IMMO), das ungeliebte Kind. Man erkennt aber meistens, was der grosse Laden IMMO alles leistet. Ex-

terne BeraterInnen ersetzen zwar keine internen Inputs. Dienstleistungen von Dritten wie Datenharmonisierung, Prozessoptimierung und Professionalisierung steigern aber die Kompetenz dieser komplexen Aufgabenerfüllung. Gerade die Räumliche Entwicklungsstrategie 9 (RES) ist eminent wichtig. Sie hält fest, wo öffentliche Räume gesichert werden sollten für Tramdepots oder Schulen. Folgen Sie der Mehrheit.

S. 320	<b>40</b> <b>4040</b> <b>3186 0000</b>	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>190.</b>	Antrag Stadtrat				400'000	Mehrheit
			100'000		300'000	Minderheit
						Christine Seidler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Keine Dringlichkeit für zusätzliche Projekte

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 41 Stimmen zu.

### Antrag 191.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Urs Schmid (FDP):** Von der Rechnung 2010 zum Budget 2011 sind bereits Erhöhungen von 190 000 Franken realisiert worden. Im neuen Budget sind nochmal 100 000 Franken zusätzlich draufgelegt worden. Die Mehrheit ist nicht bereit, die beantragte Summe zu akzeptieren. Auch die Grün Stadt Zürich muss unterscheiden zwischen realisierbaren und wünschbaren Innenbegrünungen.

**Christine Seidler (SP):** Bei der Vergütung an Grün Stadt Zürich ist die Minderheit der Ansicht, dass man den MitarbeiterInnen ihre Freude an der Arbeitsfeldumgestaltung nicht nehmen sollte. Der SVP-Antrag sollte nicht bestätigt werden.

S. 321	40 4040 3980 0592	<b>HOCHBAUDEPARTEMENT</b> <b>Immobilien-Bewirtschaftung</b> <b>Vergütung an Grün Stadt Zürich für Innenbegrünung</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
191.	Antrag Stadtrat				750'000	Minderheit Christine Seidler (SP) Referentin, Andrea Nüssli- Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			100'000		650'000	Mehrheit Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)

Begründung: Bereits 190'000 Erhöhung von Rechnung 10 zu Budget 11

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 61 Stimmen zu.

#### Antrag 192.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Die Stadt sollte 2012 endlich den Bau des Kinderhauses Entlisberg realisieren und darum bemüht sein, eine behinderten- und kindgerechte Infrastruktur einzurichten. Bereits 2007 wurde der Architektur-Wettbewerb durchgeführt, im Frühling 2011 fiel das Projekt dann dem Sparbudget zum Opfer. Im Herbst 2011 sammelten 800 QuartierbewohnerInnen Unterschriften für das Projekt. Die Kinder sind zur Zeit in einem baufälligen Spiel- und Aufenthaltscontainer untergebracht. Die RPK-Mehrheit fordert deshalb eine Aufstockung des Betrags.

**Urs Schmid (FDP):** Das Projekt ist aufgrund der hohen Kosten und der geänderten Ausgangslage gestoppt worden. Momentan wird, neben dem Ersatzneubau, folgende Alternative eingehender geprüft: Die Realisierung des Wettbewerbsprojekt in reduziertem Umfang. Es wird erwartet, dass im ersten Quartal 2012 ein Grundsatzentscheid über das weitere Vorgehen getroffen werden kann. Die möglichen Einsparungen sind Gegenstand der momentanen Überarbeitung des Wettbewerbsprojekts durch die Architekten. Es ist bereits ein Kredit von 1,5 Millionen Franken mit der Jahrestanche von 300' 000 Franken für 2012 geplant.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Davy Graf (SP):** Bei dieser Debatte gibt es ein klares Bedürfnis und eine Motivation der Bevölkerung. Geprüft werden derzeit auch dezentrale Lösungen. Mit dem Postulat wollen wir aber bekräftigen, dass der entsprechende Pavillon auf dem Areal ersetzt wird. Der Wettbewerb war rückblickend vermutlich nicht glücklich, weil für solch ein Kleinprojekt so viele Eingaben gemacht wurden. Doch die Streichung des gesamten Bauvorhabens ist nicht akzeptabel. Projekte kann man schubladisieren, Kinder jedoch nicht.

**Bruno Amacker (SVP):** Der Pavillon war seinerzeit die einfachste und billigste Lösung.



*Das neue Projekt ist das pure Gegenteil. Das logischste wäre gewesen, einfach einen neuen Container hinzustellen. Aber das schied für die Stadt a priori aus und man schrieb lieber einen exorbitant teuren Wettbewerb aus. Zuerst kommt immer die Architektur, dann die Ökologie und zuletzt die Bedürfnisse der Menschen. Diese Reihenfolge greift bei sämtlichen Bauprojekten der Stadt. Dabei sollte das Kindeswohl im Vordergrund stehen. Für das Geld, das man in diesen Ersatzneubau investiert, bekommt man eine Villa am Zürichberg. Es ist schade, dass hier Geld zum Fenster hinausgeworfen wird, denn das Konzept im Entlisberg ist im Gegensatz zu vielen anderen familienergänzend. Es hätte deshalb eine vernünftige Lösung verdient.*

**Mario Mariani (CVP):** Die CVP hat den Vorstoss unterstützt und wird deshalb auch dafür stimmen. Doch beim Kredit sagen wir nein. Es hat keinen Sinn, auf Vorrat Geld einzustellen, das man nachher mit einer Weisung übersteuert.

**Thomas Schwendener (SVP):** Wenn man den Eltern eine Million in die Hand drücken würde, könnten sie damit etwas Vernünftiges bewerkstelligen und wir hätten trotzdem noch 2,5 Millionen gespart. Es kann nicht sein, dass in Zürich Projekte vorgängig Millionen verschlucken und die SteuerzahlerInnen diese Beträge finanzieren.

**Gabriele Kisker (Grüne):** Statt einer Villa am Zürichberg könnten mit dem Geld auch 60 Parkplätze finanziert werden. Die SVP investiert die hohen Beträge aber anscheinend lieber in Parkhäuser statt in die Kinderbetreuung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt (SP):** Die Architektur muss immer Mass nehmen an den Menschen, in dem Fall an den Kindern. Die Eltern und die Quartierbevölkerung kennen das Projekt mittlerweile sehr gut und stellen ihm ein ausgezeichnetes Zeugnis aus: Eine kindergerechte Architektur mit hervorragender Einbettung in den Park. Das Projekt wird nun nochmal genau geprüft und die Kosten gesenkt. Danach wird die Vorlage für den Gemeinderat folgen. Es ist klar, dass es 2012 einen Ersatz an diesem Standort braucht. Der Stadtrat ist deshalb bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

S. 328	40 4040 500421	HOCHBAUDEPARTEMENT Immobilien-Bewirtschaftung Kinderhaus Entlisberg: Ersatzneubau Krippe	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
192.	Antrag Stadtrat				300'000	Minderheit Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)
					3'100'000	Mehrheit Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
					3'400'000	

10 / 38

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse).

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen zu.

**SOZIALDEPARTEMENT**

Antrag 228.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Monika Erfigen (SVP):** Die RPK-Minderheit tut sich schwer mit freien Krediten, weil man dabei in der Regel nicht so richtig weiss, wie das Geld ausgegeben wird. Wir verbinden unseren Streichungsantrag mit dem Wunsch einer transparenten und konkreten Budgetierung mit dem von den SteuerzahlerInnen anvertrauten Mitteln.

**Rebekka Wyler (SP):** Sicherlich weiss man heute noch nicht, für was die freien Kredite im Detail eingesetzt werden. Doch wir finden es sinnvoll, dass die StimmbürgerInnen schon wissen, dass für diesen Posten Geld eingestellt wird. Wir finden dies transparent und lehnen die Kürzung der SVP ab.

S. 377	55 5500 3194 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Freier Kredit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>228.</b>	Antrag Stadtrat				60'000	Mehrheit Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			60'000		0	Minderheit Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Ausgaben transparent budgetieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 229.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Sven Oliver Dogwiler (SVP):** Sekten stellen kein akutes Problem oder gar eine ernsthafte Gefahr für die Stadtzürcher Bevölkerung dar. Zudem gibt es schweizweit genügend Anlaufpunkte, wie z. B. die Infostellen der katholischen und evangelischen Kirchen oder die Sektenberatung in Luzern. Es ist nicht ersichtlich, warum Zürich eine eigene

*Beratungsstelle benötigt, die auch noch mit öffentlichen Geldern unterstützt werden soll. Wir sind daher für die Streichung.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Infosekta leistet als unabhängige Stelle wichtige Beratungsarbeit zum Thema Sekten, auch in der Öffentlichkeit. Sie hilft Betroffenen und ihren Angehörigen. Das Angebot sollte nicht gestrichen und der Antrag der SVP nicht bekräftigt werden.*

S. 377	55 5500 3650 0188	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Infosekta</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
229.	Antrag Stadtrat				19'900	Mehrheit
			19'900		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzl. Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 23 Stimmen zu.

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 230., 234., 241., 243., 244. bis 246.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Guido Bergmaier (SVP):** *Im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan schreibt der Stadtrat, dass die künftigen Steuereinnahmen nicht abschätzbar sind, weil ab 2013 keine weiteren Ertragssteigerungen erwartet werden. Von 2013 bis 2015 werden also Defizite von rund 100 bis 150 Millionen Franken erwartet. Die SVP will deshalb dem Stadtrat bei seinen verzweifelten Sparbemühungen gern unter die Arme greifen. Das Führen und die Verwaltung der Homosexuellen Arbeitsgruppen Zürich (HAZ) wäre gewährleistet durch einen jährlichen Mitgliederbeitrag von rund 60 Franken, der für die meisten Mitglieder locker möglich wäre. Ein subventionierter Verein ist auch deshalb unnötig, weil in Zürich bereits entsprechende Kontakt-, Auskunfts- und Beratungsstellen in grosser Zahl vorhanden sind. Die Beratungsstelle Isla Victoria der Zürcher Stadtmission bekommt bereits Unterstützung von vielen Seiten. Der Restbetrag für ein Café und weitere Beratungsangebote kann mit Spenden ohne weiteres erbracht werden. Bei den freien Krediten für Frauenprojekte fehlt die Konkretisierung und finanzielle Transparenz. Erst dann kann über allfällige Wünsche nach Steuergeldern diskutiert werden. Die Zürcher Frauenzentrale ist hingegen nicht auf eine zusätzliche Unterstützung angewiesen, weil sie Spenden von vielen namhaften Firmen, Stiftungen, Organisationen und sogar von Gemeinden sowie der Kirche bekommt. Ebenfalls von zahlreichen privaten Beiträgen leben die privatrechtliche Stiftung Frauenhaus und der Verein Limita. Für den Verein Mannebüro, eine Beratungsstelle für Paare in Krisensituationen, regelt das kantonale Gewaltschutz-*

gesetz den Anspruch auf unterstützende Beratungsleistungen für Betroffene. Offenbar ist es für all diese Projekte viel einfacher, den Staat um Geld zu bitten, als selbst die nötigen Mittel zu beschaffen. Die SVP beantragt ihnen, alle Beträge abzulehnen.

**Rebekka Wyler (SP):** Die SVP hat den Unterschied zwischen Sparen und Kürzen immer noch nicht begriffen. Sie möchte die Gelder möglichst so reduzieren, dass es keinen sozialen Ausgleich mehr gibt. Dass auch einige SteuerzahlerInnen schwul, lesbisch oder bisexuell sind, fällt da genauso wenig ins Gewicht wie ein grundsätzliches Interesse der Bevölkerung an solchen Angeboten. Die HAZ betreibt unter anderem eine Bibliothek und es ist Aufgabe des Staates, für Aufklärung zu sorgen. Frauenprojekte haben es bei der SVP generell schwer, wie man an ihrem überragenden Frauenanteil sieht. Bei der Stadtmision liegt eine Weisung vor, die einen Verpflichtungskredit fordert. Dieser steht über dem Budgetkredit und kann deshalb nicht verweigert werden. Die Mehrheit der Kommission unterstützt alle einzelnen Projekte.

Weitere Wortmeldungen:

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** Die Stadt kann und soll nicht alles selber machen. Private sind im Sozialbereich sehr engagiert. Zürich hätte enorme Kosten, könnte diese Arbeit nicht ausgelagert werden. Wir befürworten alle Ausgaben und sind froh, dass auch christliche Werke mitberücksichtigt werden.

**Christoph Spiess (SD):** Es ist unglücklich, dass man das ganze Sammelsurium in einer Diskussion erledigt. Hier werden ganz verschiedene Kredite verlangt. Bemühungen, Leuten mit Suchtproblemen zu helfen und junge Menschen ins Arbeitsleben zu integrieren, unterstützt die SD. Doch finanzielle Mittel bereitzustellen, um gegen die in der Schweiz nicht mehr existierende Diskriminierung von Schwulen anzukämpfen, lehnen wir ab. Auch sind wir gegen die ganzen unsäglichen Stellen, die sich mit dem Geschlechterkampf beschäftigen. Diese reden nur ein Problem gross, dass angeblich hierzulande zwischen Männern und Frauen besteht. Es herrscht ein Wildwuchs an Beratungsstellen. Weil zu viele qualifizierte Arbeitskräfte in unproduktiven Gebieten tätig sind, fehlen sie der produktiven Wirtschaft. Serienweise werden immer wieder neue solcher Stellen unterstützt.

**Catherine Rutherford (AL):** Es gibt Weisungen. Wir können die Kommissionsarbeit abschaffen, wenn in der Budgetdebatte alles nochmal durchgekaut wird. Nur für das Schaulaufen der SVP müssen wir alle hier an einem Samstag sitzen.

**Mauro Tuena (SVP):** Projekte wie das Dritte-Welt-Frauen-Informationszentrum (FIZ) gehören, angesichts der derzeit schwierigen Zürcher Finanzlage, nicht zu den Kernaufgaben des Gemeinderats. Private können die Finanzierung durch Spenden gewährleisten.

**Simon Kälin (Grüne):** Der Markt löst nicht jedes Problem und zahlreiche Kürzungsanträge der SVP verschleiern die Probleme. Die Partei möchte, überall dort wo eine engagierte Basisarbeit in ganz bestimmten Nischenbereichen geleistet wird, die entsprechenden Beiträge ganz streichen.

**Urs Fehr (SVP):** Die SVP hat durchaus ein Frauenbild. Es ist aber egal, ob Männer oder Frauen Politik machen. Wichtig ist, dass man zu seinen Idealen steht. Sparen oder Kürzen ist einerlei, letztendlich ist der Effekt der gleiche.

**Hans Urs von Matt (SP):** Es ist absolut nicht egal, wer etwas entscheidet. Da gibt es Riesenunterschiede. Christoph Spiess (SD) definiert die Norm und negiert dabei alles andere. Er sollte besser die Realitäten sehen und dann entscheiden.

S. 377	55 5500 3650 0197	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beitrag an Homosexuelle Arbeitsgruppen Zürich				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
230.	Antrag Stadtrat			39'100	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		39'100		0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzl. Ablehnung des Beitrags

Ausstand: Patrick Hadi Huber (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 25 Stimmen zu.

### Antrag 231.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Hedy Schlatter (SVP):** Ursprünglich war die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) zuständig für die kommunale Asyl- und Flüchtlingsfürsorge. Im Laufe der letzten Jahre hat sich das AOZ aber aufgrund wachsender Ansprüche und Forderungen in eine neue Richtung entwickelt. Die Politik muss für die SteuerzahlerInnen endlich Ordnung schaffen und auch per Geldhahn Einfluss nehmen. Die SVP beantragt die Streichung.

**Rebekka Wyler (SP):** Die städtischen Integrationsleistungen sind wichtig. Wie es im Geschäftsbericht der AOZ heisst, leisten wir damit einen Beitrag zum guten Zusammenleben von Zugewanderten und Einheimischen. Das SVP-Rezept ist bekannt: Erst keinen Beitrag leisten zur Integration und sich dann freuen, dass einem die willkommenen Sündenböcke nicht ausgehen. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Den AsylantInnen werden in der Schweiz Türen und Tore geöffnet, um ihnen hier erstmal etwas Gutes zu tun. In die Asylfürsorge sind schon etliche Gelder geflossen und es reicht trotzdem nie. Die AOZ hält eine ganze SozialarbeiterInnen-

*Industrie am Leben. Die Menschen, die dort arbeiten sind froh, dass es überhaupt AsylantInnen gibt.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Zur Asylindustrie und all den nutzlosen Leuten, die laut der SVP in diesem Bereich arbeiten: Diese Branche war für die Gesellschaft in den letzten Jahren sehr nützlich, während hingegen andere Wirtschaftszweige Millionen vernichteten.*

S. 378	55 5500 3650 0303	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Asyl-Organisation Zürich für besondere städtische Integrationsleistungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
231.	Antrag Stadtrat				1'586'600	Mehrheit
			1'586'600		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Verzicht auf besondere Integrationsleistungen

Ausstand: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 232., 235. bis 239.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Guido Bergmaier (SVP):** *Mit der Ablehnung der folgenden sechs Beitragsgesuche wollen wir eine Verbesserung des Budgets von rund 1,2 Millionen Franken erreichen. Der Verein Suneboge, eine Gemeinschaft von Obdachlosen und therapieresistenten Leuten, wird bereits vom Sozialamt subventioniert. Dem linksmotivierten Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) steht für die Auftragsvermittlung von MigrantInnen, AsylantInnen und dauerhaft Erwerbslosen durch das Projekt Etcetera, genügend Eigenkapital zur Verfügung. Dasselbe gilt für das zweite SAH-Projekt Impuls, das sich für Jugendliche mit Migrationshintergrund einsetzt. Der Beitrag an die private Jobvermittlung Wipkingen ist unnötig, weil direkt daneben ein RAV zu finden ist. Der Job Shop vermittelt temporäre Arbeitseinsätze zwar kostenlos, eine Erfolgskontrolle zur Effizienz der eingesetzten öffentlichen Ressourcen wurde bisher jedoch nicht gemacht. Die Plattform Networking for Jobs bietet AkademikerInnen nach einem Auslandsaufenthalt Unterstützung bei der Stellensuche. Diese schaffen aber mit ihrem Background auch ohne Stadt und Steuergelder den Sprung in den Beruf.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Fast alle SVP-Streichungsanträge betreffen Weisungen, die der Gemeinderat bereits besprochen und verabschiedet hat. Grundsätzlich geht es bei allen Projekten um die Vermittlung von Arbeitsmöglichkeiten im Sinne der Hilfe zur Selbsthil-*

15 / 38

fe. Die RPK-Mehrheit unterstützt alle Angebote.

Weitere Wortmeldungen:

**Simon Kälin (Grüne):** Die Einsparung hat die SVP gut zusammengerechnet. Damit kann jedoch nicht die moralische Verpflichtung der Stadt ausgeblendet werden, sich im Sozialbereich zu engagieren. Die SVP betreibt hier Bilanzfälschung, weil sie die Realität unberücksichtigt lässt.

S. 378	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0330</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Verein Suneboge für temporäre Beschäftigungsmöglichkeiten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>232.</b>	Antrag Stadtrat				47'000	Mehrheit
			47'000		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

### Antrag 233.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Sven Oliver Dogwiler (SVP):** Im Speak-Out Club im Niederdorf bekommen Notsuchende eine warme Mahlzeit und Beratung. Unter moralischen und ethischen Gesichtspunkten ist es nicht verwerflich, ein solches Projekt zu unterstützen. Unserer Meinung nach engagiert sich die Stadt über die Sozialfürsorge aber schon genug in diesem Bereich.

**Rebekka Wyler (SP):** Den Gassentreff gibt es schon seit 1968. Für die Kommissionsmehrheit ist der Club ein sinnvolles Angebot für Leute am Rand unserer Gesellschaft.

16 / 38

S. 378	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0363</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Speak-Out Club</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>233.</b>	Antrag Stadtrat				28'700	Mehrheit
			28'700		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen zu.

---

Antrag 234.

Wortmeldungen siehe Antrag 230.

S. 378	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0364</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Zürcher Stadtmission</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>234.</b>	Antrag Stadtrat				160'400	Mehrheit
			160'400		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 25 Stimmen zu.

---



17 / 38

Antrag 235.

Wortmeldungen siehe Antrag 232.

S. 378	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0367</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag Schweiz. Arbeiterhilfswerk für das Projekt Etcetera</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>235.</b>	Antrag Stadtrat				275'500	Mehrheit Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			275'500		0	Minderheit Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 22 Stimmen zu.

---

Antrag 236.

Wortmeldungen siehe Antrag 232.

S. 378	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0368</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag Schweiz. Arbeiterhilfswerk für das Projekt Impuls</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>236.</b>	Antrag Stadtrat				322'000	Mehrheit Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			322'000		0	Minderheit Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 22 Stimmen zu.

---

18 / 38

Antrag 237.

Wortmeldungen siehe Antrag 232.

S. 378	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0371</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Jobvermittlung Wipkingen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>237.</b>	Antrag Stadtrat				133'000	Mehrheit
			133'000		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 22 Stimmen zu.

---

Antrag 238.

Wortmeldungen siehe Antrag 232.

S. 378	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0374</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Offene Jugendarbeit für Job Shop/Info Shop</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>238.</b>	Antrag Stadtrat				375'000	Mehrheit
			375'000		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

---

Antrag 239.

Wortmeldungen siehe Antrag 232.

S. 378	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0375</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Plattform Networking for Jobs</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>239.</b>	Antrag Stadtrat				49'500	Mehrheit Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			49'500		0	Minderheit Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
						Enthaltung Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 240.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Hedy Schlatter (SVP):** Jedes Jahr finden in der Gemeinschaft Arche viele Abklärungsgespräche und Aufnahmen statt. Der Grossteil der Klienten tritt aber nach kurzem Aufenthalt wieder aus der Suchteinrichtung aus. Die Gründe hierfür sind fast immer im nicht zu überwindenden Alkoholkonsum zu finden. Da die Arche von zahlreichen Menschen aus der Gesellschaft unterstützt wird, beantragt die SVP die Streichung des Beitrags.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Arche Zürich fördert die berufliche und soziale Integration von Erwachsenen mit Suchtproblemen, psychischen Erkrankungen und Arbeitslosigkeit. Die RPK-Mehrheit bittet darum, dem Stadtrat zu folgen.

20 / 38

S. 378	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0381</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Gemeinschaft Arche für den Bereich Sucht und Drogen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>240.</b>	Antrag Stadtrat				150'000	Mehrheit
			150'000		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 22 Stimmen zu.

---

Antrag 241.

Wortmeldungen siehe Antrag 230.

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0443</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Zürcher Frauenzentrale</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>241.</b>	Antrag Stadtrat				6'000	Mehrheit
			6'000		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu.

---

Antrag 242.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die FDP ist nicht grundsätzlich gegen eine Unterstützung des Dritte-Welt-Frauen-Informationszentrums (FIZ). Eine Verdreifachung des Betrags erachten wir aber als unnötig und beantragen stattdessen eine Verbesserung um 100 000 Franken.

**Sven Oliver Dogwiler (SVP):** Es wird nicht in Abrede gestellt, dass das Prostitutionsgewerbe von Gewalt und Ausbeutung betroffen ist. Für die Bekämpfung und Verfolgung von Menschenhandel sind jedoch die Strafverfolgungsbehörden zuständig. Zusätzlich hat der Nationalrat ein neues Bundesgesetz über das Zeugenschutzprogramm verabschiedet, das bald in Kraft tritt. Die Gerichte stellen Frauen mit aufenthaltsrechtlichen Problemen wöchentlich eine unentgeltliche Rechtsberatung zur Verfügung. Bei Gewaltproblemen hilft eine Opferberatungsstelle. Daneben gibt es noch weitere gemeinnützige Organisationen, an die sich Betroffene ebenfalls wenden können. Die Angebote des FIZ bestehen also bereits und die Stadt sollte kein Überangebot finanzieren.

**Rebekka Wyler (SP):** Das FIZ ist eine wichtige Anlaufstelle für Frauen, die häufig keinen Zugang zu anderen Hilfsangeboten haben. Vor allem im Bereich Frauenhandel leistet das FIZ wichtige Bildungs- und Aufklärungsarbeit und unterstützt die Opfer. Im Hinblick auf die Einrichtung eines Strichplatzes und das Inkrafttreten der Prostitutionsverordnung ist es unbegreiflich, dass man diese Fachstelle streichen will.

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0445</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Dritte-Welt-Frauen-Informationszentrum (FIZ)</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>242.</b>	Antrag Stadtrat				150'000	Mehrheit
			100'000		50'000	Minderheit 1
			150'000		0	Minderheit 2
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Minderheit 1: Vorläufig keine Verdreifachung des Betrags auf Vorrat  
Minderheit 2: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (150'000) 81 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

22 / 38

Antrag 243.

Wortmeldungen siehe Antrag 230.

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0447</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge an Projekte gegen Gewalt an Frauen und Kindern</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>243.</b>	Antrag Stadtrat				138'500	Mehrheit Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			138'500		0	Minderheit Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 25 Stimmen zu.

---

Antrag 244.

Wortmeldungen siehe Antrag 230.

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0450</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Verein Limitia</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>244.</b>	Antrag Stadtrat				44'200	Mehrheit Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			44'200		0	Minderheit Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 25 Stimmen zu.

---

23 / 38

Antrag 245.

Wortmeldungen siehe Antrag 230.

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0460</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Freier Kredit für Frauenprojekte</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>245.</b>	Antrag Stadtrat				50'500	Mehrheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			50'500		0	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Kosten transparent budgetieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 41 Stimmen zu.

---

Antrag 246.

Wortmeldungen siehe Antrag 230.

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0480</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beitrag an Verein Mannebüro</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>246.</b>	Antrag Stadtrat				49'500	Mehrheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			49'500		0	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 25 Stimmen zu.

---

Antrag 247.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Hedy Schlatter (SVP):** *Damit die Chancengleichheit kein Lippenbekenntnis bleibt, übernimmt die Frühförderung eine zentrale Rolle. Die Beteiligung an Betreuungskosten und finanzielle Starthilfen für Kinderkrippenangebote ist jedoch zu hoch. Die bildungsorientierten Kitas werden bereits optimal unterstützt. Die SVP beantragt deshalb die Streichung des Betrags.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Wir brauchen einen Kredit, der privaten Trägerschaften die Projektierung neuer Krippen ermöglicht.*

S. 379	55 5500 3650 0515	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Starthilfen und projektgebundene Beiträge im Frühbereich				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
247.	Antrag Stadtrat				263'000	Mehrheit Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			263'000		0	Minderheit Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 248.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Hedy Schlatter (SVP):** *Die Fachstelle für Integrationsfragen führt seit August 2009 niederschwellige Deutschkurse für Erwachsene auf Anfängerstufe durch. Kleine Kinder werden während der Unterrichtszeit betreut. Das Gesamtangebot an Deutschlernmöglichkeiten wird in Zürich immer mehr ausgebaut. Weil es schon genügend Angebote gibt, beantragt die SVP die Streichung des Kredits.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Die SVP schimpft immer als Erstes, wenn jemand nicht richtig Deutsch kann. Die Mehrheit der Kommission findet das Angebot gut, weil es sich speziell an Eltern mit Betreuungspflichten richtet. Sie weist deshalb den SVP-Antrag zurück.*





25 / 38

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0530</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge an Deutschkurse mit Kinderbetreuung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>248.</b>	Antrag Stadtrat				895'300	Mehrheit
			895'300		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Grundsätzliche Ablehnung des Beitrags

Ausstand: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu.

#### Antrag 249.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Sven Oliver Dogwiler (SVP):** Zürich will jährlich noch mehr Millionen für Kindertagesstätten ausgeben, dabei werden die bereits zahlreich vorhandenen genügend unterstützt. Momentan gibt es ungefähr 20 000 Kinder im Vorschulalter, wobei rund 4 000 dieser Kinder subventionierte Betreuungsplätze in Anspruch nehmen. Für die identische Leistung kommt die Stadt Luzern mit einem Drittel der hiesigen Ausgaben aus. Dies, weil jede Zürcher Kita, unabhängig vom Einkommen der Eltern, einen 30 Franken höheren Zuschuss pro Kind und Tag erhält. Die Ausgabenkürzung ist eine moderate Lösung, welche die Institution der subventionierten Kitas nicht gefährdet und dem Volksscheid Rechnung trägt.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Elternbeiträge sind ein wichtiger Bestandteil des Systems der ausserfamiliären Betreuung. Erst werden die Prämien für bestandene Lehrabschlussprüfungen gestrichen, jetzt sollen die Subventionen für Kita's eingeschränkt werden. Führt man sich die personelle Situation im Sozialbereich vor Augen, ist dieses Vorgehen nicht nachvollziehbar. Abgesehen davon, dass dies auch aus juristischen Gründen nicht von einem Tag auf den anderen möglich ist. Die SP wird das Postulat der EVP unterstützen und bittet, den Antrag der SVP abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Mauro Tuena (SVP):** Vor rund zehn Jahren wurden für das Konto 18,8 Millionen Franken genehmigt. 2006 waren es schon 25 Millionen Franken, 2012 sollen es gar 57,8 Millionen Franken sein. Wie lange soll dieser kubische Anstieg noch andauern? Ich verstehe nicht, dass gutverdienende Eltern in Zürich nach wie vor Anrecht auf subventionierte Kinderplätze haben. Zum Thema Prämien für Lehrabschlussprüfungen: Welche

*KMU-Betriebe können sich so etwas leisten? Mit einem bestandenen Abschluss rechnen die Firmen. Demzufolge sollte eher eine Lohnminderung für durchgefallene Auszubildende eingeführt werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Martin Waser:** *Der Gemeinderat hat aufgrund der Volksabstimmung eine Verordnung erlassen, die die Subventionierung der städtischen Kitas regelt. Der Stadtrat ist deswegen verpflichtet, genau diese Kosten zu budgetieren. Wenn die SVP Perspektiven wünscht, kann sie einen Vorstoss, eine schriftliche Anfrage oder eine Interpellation einreichen. Wir sind dann bereit, die Thematik zu diskutieren. Zum jetzigen Zeitpunkt können aber nicht mehr willkürlich Beträge aus dem Budget gestrichen werden. Darüber hinaus stimmt es zwar, dass Zürich in Bezug auf die Elternbeiträge grosszügiger ist, dafür sind aber gesamthaft die Verwaltungskosten in Luzern viel höher.*

**Dr. Urs Egger (FDP):** *Auch die FDP hätte damals gerne einen anderen Weg eingeschlagen. Doch die Volksentscheidung muss akzeptiert werden.*

**Roger Liebi (SVP):** *Der Stadtrat sollte jetzt nicht den Ball zurück zum Gemeinderat spielen. Es kann nicht so weitergehen, dass der Stadtrat sich alles bestellen lässt, wo er möglichst viel Geld ausgeben kann.*

**Maria Trottmann (GLP):** *Die Preise für einen Kita-Platz in Luzern sind durchaus vergleichbar mit denen in Zürich, aber in Luzern zahlen die Eltern einen grösseren Anteil daran. Das war ein politischer Entscheid, der für Zürich gefällt wurde und hinter diesem stehen wir.*

**Christoph Spiess (SD):** *Während die SVP überwiegend ein finanzielles Problem sieht, steht für die SD ein Grundsatzproblem im Raum. Die Fremdbetreuung von Kindern geschieht einzig im Interesse der Eltern. Deshalb sollte sie nur dann stattfinden, wenn die Einkommen beider Elternteile zur Familienernährung nicht ausreichen. Kinder haben heisst Verzicht. Man muss sich zu Gunsten seines Nachwuchses einschränken. Die steigende Anzahl Bezugspersonen verwirrt die Kinder. Es ist deshalb kein Wunder, dass viele schon früh eine Schulpsychologin oder einen Schulpsychologen aufsuchen müssen. Die Eltern sollten sich wieder vermehrt um ihre Schützlinge kümmern.*

**Christine Seidler (SP):** *Als Alleinerziehende habe ich drei Kinder in der Krippe fremdbetreuen lassen. Dass ich mich als Mutter dafür verantwortlich fühle, die Existenz meiner Kinder selbständig sichern zu wollen, ist eine sehr schlechte Eigenschaft. Genauso gut hätte ich ja auch den Ämtern auf der Tasche liegen oder meine Kinder auf der Strasse herumlungern lassen können. Bis heute sind sie weder verwahrlost, noch verhungert. Soviel zu den Rabenmüttern in unserer Gesellschaft.*

**Irene Bernhard (GLP):** *Davon, dass Kinder vom Hort profitieren können und viele es dort sehr lässig finden, scheint weder die SVP noch die SD jemals gehört zu haben. Die Kinderbetreuung hat einen grossen volkswirtschaftlichen Nutzen. Wollen die beiden Parteien effektiv, dass in die Ausbildung von Frauen und Männern investiert wird, damit diese dann Zuhause bleiben? So etwas würde Kosten generieren, die in keinem Ver-*

27 / 38

*hältnis stünden.*

**Catherine Rutherford (AL):** *Christoph Spiess (SD) findet wohl auch, dass man Kinder nicht in die Schule schicken sollte, damit sie solange wie möglich zuhause bei der Mutter bleiben. Dann könnte man die allgemeine Schulpflicht abschaffen und die Kinder frühestens mit 18 Jahren das erste Mal vor die Türe lassen.*

**Roger Liebi (SVP):** *Als Eltern sollten sie sich Sorgen machen, wenn Kinder offensichtlich lieber in der Kita sind als Zuhause.*

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0660</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Betreuungsbeiträge für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>249.</b>	Antrag Stadtrat				57'780'300	Mehrheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			20'000'000		37'780'300	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Kein Ausbau, keine Prämien für bestandene Lehrabschlussprüfungen

Ausstand: Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 25 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 250. und 253.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Mauro Tuena (SVP):** *Ein grosser Teil der städtischen Jugendtreffs steht heute leer, weil sich die Nachfrage verringert hat. Vor zwei Jahren hat der Stadtrat versprochen, über die Bücher zu gehen und die Angebote zu überprüfen. Es ist jedoch nichts passiert. Es gibt inzwischen genügend Freizeitangebote in Zürich. Jede Disco hat bis zum frühen Morgen geöffnet. Gemeinschaftszentren, die benötigt werden, sollen weiterlaufen. Die anderen sind jedoch zu schliessen. Gleichzeitig würden damit die Raumkosten gesenkt, weil die entsprechenden Mieten wegfielen.*

**Rebekka Wyler (SP):** *Der Jugendtreff in Wiedikon ist total überlaufen. Wenn dort abends ein Anlass stattfindet, kommen an die 150 Jugendliche aus sämtlichen Quartieren der Stadt. Die Jugendtreffs stehen also nicht leer und die Soziokultur trägt viel zur Lebensqualität in Zürich bei. Sagen Sie deshalb Nein zum SVP-Sparantrag!*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

**STR Martin Waser:** Der Fahrplan wurde im Spätsommer 2011 beschrieben. Darin ist festgehalten, wie man über die Auslegeordnung der Gemeinschaftszentren 2012 entscheidet. Es heisst immer, ich würde meine Arbeit nicht machen. Doch wieso soll ich mich bewegen, wenn dies bei der SVP gar nicht ankommt?

Weitere Wortmeldungen:

**Mauro Tuena (SVP):** Fakt ist, die Treffs wurden nicht überprüft. Stattdessen werden alle Projekte gesamthaft ins Budget gestellt. Es muss doch erstmal festgestellt werden, welche Jugendtreffs überhaupt noch gebraucht werden. Das Ganze macht nur Sinn, wenn einzelne Einsparungen gemacht werden.

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3650 0900</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge an soziokulturelle Institutionen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>250.</b>	Antrag Stadtrat				15'665'400	Mehrheit
					3'500'000	Minderheit
					12'165'400	
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Zurück auf Betrag Volksabstimmung abzügl. Jugendtreffs

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 25 Stimmen zu.

### Antrag 251.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roland Scheck (SVP):** Mittlerweile gibt es in der Stadt für alles erdenkliche eine Sozialberatung. Wer wundert sich da noch über eine ebensolche Beratungsstelle für Fussballfans? Diese will ihren Beitrag zu einer gewaltfreien Fankultur leisten, leider zeigt die Realität das genaue Gegenteil. Seit es die Fanarbeit Zürich gibt, nimmt die Gewalt und die Benutzung verbotener Gegenstände im Stadion ständig zu. Die Arbeit des Vereins zeigt also keine spürbaren Ergebnisse. Fanarbeit ist keine Aufgabe der öffentlichen Hand. Wenn Fussballvereine der Meinung sind, dass sie nötig ist, sollen sie sie selbst finanzieren.

**Rebekka Wyler (SP):** Hamburg hat auch eine eigene Fanarbeit, es handelt sich hier also nicht um ein Unikum der Stadt Zürich. Alle haben Schaum vor dem Mund, wenn Hooligans wieder einmal ihr Unwesen treiben. Für ein sinnvolles Präventionsprojekt will aber niemand Geld sprechen. Die RPK-Mehrheit lehnt den Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

**Urs Fehr (SVP):** Die Fanarbeit in Hamburg wird von den eigenen Clubs gezahlt und nicht durch die öffentliche Hand finanziert. Letztere soll die Chaoten zur Rechenschaft ziehen und sie bestrafen, aber sicherlich nicht beraten und ihnen verbieten, was sie nicht dürfen. Hierfür sind die Clubs zuständig.

S. 379	<b>55</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b>				
	<b>5500</b>	<b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b>				
	<b>3650 0950</b>	<b>Beitrag an Verein Fanarbeit Zürich</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>251.</b>	Antrag Stadtrat				80'000	Mehrheit
			80'000		0	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			Begründung: Fanarbeit ergebnislos			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu.

#### Antrag 252.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Hedy Schlatter (SVP):** Für Transferleistungen an die Asylfürsorge und wirtschaftliche Hilfe ist die Stadt aufgrund übergeordneter Rechte verpflichtet. Die Beiträge an Private sind jedoch zu hoch. Auf welcher juristischen Grundlage haben Angehörige von AsylbewerberInnen ein Recht auf Existenzsicherung? Bisher sind die nun von der AOZ ausgerichteten Transferleistungen über die sozialen Dienste abgewickelt worden. Die Ausgaben des AOZ für AsylantInnen werden mit der neuen Regelung besser versteckt, weshalb wir die Streichung fordern.

**Rebekka Wyler (SP):** Dass die Ausgaben versteckt würden ist eine Unterstellung. Im Budget steht der Betrag und in den Mehrfachantworten auf Fragen der RPK wurde genau erklärt, um was es geht. Die AOZ werden neu auf dem Konto verbucht, weil ab 2012 die Transferleistungen über sie abgewickelt werden. Diese Zahlungen gehören, wie die SVP richtig festgestellt hat, zu den städtischen Pflichtleistungen. Die Mehrheit der RPK bittet darum, dem SVP-Antrag nicht stattzugeben.

30 / 38

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3660 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge an Private</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>252.</b>	Antrag Stadtrat				4'745'600	Mehrheit
					4'745'600	0
						Minderheit

Begründung: Keine Beiträge an Private

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 253.

Wortmeldungen siehe Antrag 250.

S. 379	<b>55</b> <b>5500</b> <b>3913 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Sozialdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Vergütung an IMMO für Raumkosten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>253.</b>	Antrag Stadtrat				9'503'800	Mehrheit
					1'000'000	8'503'800
						Minderheit

Begründung: Kürzung im Verhältnis zu Kürzung Beiträge an Soziokultur (Konto 3650 0900 Beiträge an soziokulturelle Institutionen)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 254.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Es handelt sich hier um Aktionen, die 2010 und 2011 gar nicht budgetiert waren. Plötzlich sollen dafür Gelder eingesetzt werden. Wir bitten Sie der Streichung zuzustimmen.

**Rebekka Wyler (SP):** Für 2011 strich das Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV seine Öffentlichkeitsarbeit. Dies bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass die Stelle zukünftig jedes Jahr auf öffentliche Aktionen verzichten kann. Diese sollen die Bedürftigen über ihre Rechte und Ansprüche informieren. Der FDP-Antrag richtet sich gegen die Schwächsten der Stadt. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag ab.

S. 379	55 5515 3107 0000	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV</b> <b>Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>254.</b>	Antrag Stadtrat				7'500	Mehrheit Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			7'500		0	Minderheit Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: 2010, 2011 ist dafür kein Geld nötig gewesen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 41 Stimmen zu.

#### Antrag 255.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Rebekka Wyler (SP):** Im Moment gibt es insgesamt 34 Planstellen für die Schulsozialarbeit in Zürich. Das reicht bei weitem nicht, um der Situation in den verschiedenen Schulhäusern der Stadt Rechnung zu tragen und LehrerInnen, SchülerInnen sowie Eltern zu unterstützen. Im Januar 2012 tritt das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz in Kraft. Es verlangt, dass alle Gemeinden ein bedarfsgerechtes Angebot an Schulsozialarbeit zur Verfügung stellen. Dies ist mit den bestehenden Ressourcen nicht möglich. Die RPK-Mehrheit wünscht sich deshalb die Schaffung von fünf neuen Stellen. Der Ausbau ist aufgrund der steigenden Geburtenzahlen dringend notwendig.

**Ruth Anhorn (SVP):** Befände die Stadt die Anzahl Stellen in der Schulsozialarbeit als zu gering, würde sie selbst aktiv werden und diese erhöhen. Die SchülerInnen sind immer auch in ihren Quartieren geschult worden. Auch in den heute meist nicht mehr existierenden Kleinklassen wurde früher Sozialarbeit geleistet. Bei Kindern mit Verhaltensstörungen benötigen Regelklassen mehr Ressourcen, heisst es. Doch in allen Schulhäusern gibt es Schulleitungen, die sich diesen Problemen annehmen und Gespräche mit den Eltern suchen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Stellenplan gemäss Rechnung 2010 ausreicht und lehnt das Postulat ab.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Der Stadtrat hat gesamthaft die richtigen Überlegungen gemacht und ist zu dem gekommen, was er uns im Budget vorschlägt. Der Betrag sollte nicht

gekürzt aber auch nicht ausgebaut werden. Das Postulat ist abzulehnen.  
Weitere Wortmeldungen:

**Andrea Hochreutener (SP):** Im Schulkreis Glatttal gab es eine neue Verteilung der SchulsozialarbeiterInnen, weil zu viele Schulhäuser dieses Angebot gefordert haben. Die SchulsozialarbeiterInnen konnten in den einzelnen Schulen weniger beitragen, etliche wurden unzufrieden und kündigten ihre Arbeit. Schulhäuser ohne SchulsozialarbeiterInnen führen wiederum zu unzufriedenen LehrerInnen. Es gibt mehr verhaltensauffällige Kinder in den Regelklassen, um die sich in breiter Zusammenarbeit gekümmert werden muss. Darum plädieren wir für mehr Ressourcen.

**Tamara Lauber (FDP):** Hauptsache Stellen schaffen, egal mit welcher Begründung. Ein akuter Bedarf nach mehr Schulsozialarbeit impliziert nichts anderes, als dass Zürich viele Problemkinder hat. Bei der neuesten Pisa-Studie hat kein Kanton so schlecht abgeschnitten und es bietet gleichzeitig auch keiner so viele Leistungen an. Wir sind erstaunt darüber, dass die GLP das Postulat befürwortet, ist die Partei doch der Meinung, dass staatliche Fürsorge zu einer verstärkten Abhängigkeit führt. Das ist richtig. Daran sollte man sich halten. Wir weisen das Postulat zurück.

**Christoph Spiess (SD):** Die SD bezweifelt nicht, dass der geforderte Bedarf besteht. Er existiert, weil man eine grosse Zahl schwieriger SchülerInnen, die einfach nicht in eine Regelklasse passen, in eine andere Klasse gequetscht hat. Die Kinder wären mit dem alten System besser bedient. Die schwächeren SchülerInnen sind in Kleinklassen, die Verhaltensauffälligen sind in Kleinklassen. Statt neuer Leute einzustellen sollte man sich eingestehen, dass die sogenannte Integration der falsche Weg ist und sich rückbesinnen.

**Isabel Garcia (GLP):** Will man sich für leistungsstarke Kinder einsetzen, damit diese am Ende ein besseres Resultat erzielen, muss man vorab in Lehrkräfte und Unterricht investieren. SchulsozialarbeiterInnen helfen den LehrerInnen und Eltern, Lösungen für die Probleme der Kinder zu finden. Stimmen Sie deshalb für das Postulat.

**Christoph Gut (SP):** Ich weiss nicht, woher die FDP die Informationen hat, dass im Kanton Zürich flächendeckend mehr Schulsozialarbeit angeboten wird als in anderen Kantonen. Die integrative Schulung im Kanton wurde erst 2009 umgesetzt, die Pisa-Ergebnisse sagen also noch gar nichts aus. Man kann nicht kurz vorher Reformen einleiten und schon bei der nächsten Pisa-Studie bessere Resultate erwarten. Zudem kann ad hoc sehr wenig über die direkten Beziehungen von Bildungssystemen und Testergebnissen gesagt werden.

**Jean-Claude Virchaux (CVP):** Der Bedarf an SchulsozialarbeiterInnen ist unbestritten. Auch ist es Fakt, dass in manchen Schulkreisen Engpässe in Sachen Schulsozialarbeit bestehen. Momentan wird aber der ganze Bereich analysiert und so organisiert, dass man mit den bestehenden Ressourcen ein verbessertes Ergebnis erbringen kann. Ob das möglich ist, sei dem Stadtrat überlassen. Sind mehr Stellen notwendig, können diese zum gegebenen Zeitpunkt beantragt werden. Zum jetzigen ist weder der Budgetverschlechterung noch dem Postulat beizupflichten.



S. 391	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3010 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>255.</b>	Antrag Stadtrat			500'000	68'890'000 -552'000 N 68'838'000	Minderheit 1  Mehrheit
			1'719'000		66'619'000	Minderheit 2

Begründung: Mehrheit: Schaffung Stellen Schulsozialarbeit; Minderheit 2: Auf Rg 2011 kürzen (gleichbleibende Fallzahlen)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (68'838'000) 75 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt und das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse ist erreicht.

Antrag 257.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die entsprechende Entwicklung der Angebote muss zum Teil extern unterstützt werden. Wir beantragen eine Verbesserung, doch der Betrag gemäss der Rechnung 2010 bleibt unverändert.

**Monika Erfigen (SVP):** Unter anderem aufgrund des Direktionswechsels in den Sozialen Diensten sollen 2012 die Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter um 300 000 Franken über dem Vorjahresbudget liegen. Warum muss ein Direktionswechsel zwingend Mehrkosten zur Folge haben? Ein frischer Wind erlaubt eigentlich Kosteneinsparungen. Wir werden die sogenannte Soziokulturgage oder Spesenpauschale für Freiwillige nicht mittragen; deshalb fordern wir die Kürzung des budgetierten Betrags.

**Rebekka Wyler (SP):** Wir haben in der RPK einen Blick darauf geworfen, wie sich das Konto in den letzten Jahren entwickelt hat. 2011 wurde tatsächlich weniger Geld ausgegeben. Grund dafür war, dass die frühere Direktorin keine grossen Vorhaben mehr angestossen hat und sich ihre Nachfolgerin erst einarbeiten musste. Das ist aber kein Grund, dieses Konto zu kürzen. Zu den Dienstleistungen Dritter gehören Supervisionsangebote und Übersetzungen, die nach Meinung der Mehrheit wichtig und nötig sind.

Weitere Wortmeldungen:

**Theo Hauri (SVP):** Die neue Direktorin wurde uns als unverzichtbare Person für diesen Job angepriesen. Wenn sie so qualifiziert ist, sollte sie es auch schaffen, neue Ideen selber umzusetzen. Benötigt sie dafür aber überwiegend fremde Gelder, ist sie auch nicht die Allerbeste.

S. 392	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3180 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>257.</b>	Antrag Stadtrat				1'700'000	Mehrheit
			200'000		1'500'000	Minderheit 1
			1'000'000		700'000	Minderheit 2
						Enthaltung
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Samuel Dubno (GLP)
						Begründung: FDP: Keine Erhöhung zu 2010; SVP: Einsparungen aufgrund Direktionswechsel

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (1'700'000) 68 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 258.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Guido Bergmaier (SVP):** Die SVP heisst prinzipiell keine Beiträge an Private Unternehmungen gut. Noch weniger, wenn es sich um allfällige mögliche Defizite stadteigener Betriebe handelt. Ein Teillohnbetrieb sollte seinen Aufwand durch Erträge selber decken. Wir beantragen den Zuschuss abzulehnen.

**Rebekka Wyler (SP):** Mögliche Gewinne werden ebenso von der Stadt abgeschöpft, wie Defizite gedeckt. Auf Grund dessen befindet die RPK-Mehrheit den Kürzungsantrag für ungerechtfertigt.

Weitere Wortmeldungen:

**Mauro Tuena (SVP):** Noch nie hat so eine Organisation auch nur einen einzigen Rapen Gewinn gemacht. Es ist also müssig zu erzählen, ein möglicher Gewinn müsse der Stadt abgegeben werden. Das gibt es nicht. Es handelt sich hier um geschützte Werk-

stätten, für die Zürich seit Anbeginn immer die Defizite zahlt.

S. 393	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3650 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Beiträge an private Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>258.</b>	Antrag Stadtrat				406'500	Mehrheit
			406'500		0	Minderheit
						Enthaltung

Begründung: Keine Beiträge an private Unternehmungen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 259. und 260.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Sven Oliver Dogwiler (SVP):** *Erfahrungen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass Sozialhilfemissbrauch auch in Zürich ein grosses Thema ist. Die Uni St. Gallen hat dem Sozialdepartement schwere Mängel vorgeworfen. Der Stadtrat hat die Kritik angenommen und mit einem Sozialhilfemodell im Jahr 2008 Abhilfe versprochen. Die Aufdeckung von Missbrauchsfällen durch das Inspektorat brachte eine merkliche Verbesserung. Doch das Ende der Fahnenstange ist noch lange nicht erreicht. Bei einer kritischeren Eingangsprüfung und konsequenteren Überwachung der SozialhilfebezügerInnen ist es realistisch, dass der Betrag eingespart werden kann.*

Urs Fehr (SVP) stellt den Ordnungsantrag, die Sitzung sofort zu beenden und die Debatte nach der Mittagspause fortzuführen.

Der Rat lehnt den Antrag von Urs Fehr (SVP) mit 47 gegen 68 Stimmen ab.

**Rebekka Wyler (SP):** *Wie mit dem Kürzungsantrag diese Ziele erreicht werden sollen bleibt schleierhaft. Die Mehrheit lehnt den Antrag ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Mauro Tuena (SVP):** *In dem Konto ist Geld enthalten, das der Stadtrat freiwillig und über die Richtlinien hinaus auszahlt. Warum muss die Stadt immer noch etwas über dem sowieso schon grosszügigen Betrag liegen?*

36 / 38

S. 394	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3660 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Beiträge an Private</b>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>259.</b>	Antrag Stadtrat				324'260'000	Mehrheit
					8'000'000	316'260'000 Minderheit
Begründung: Umfangreichere Missbräuche						

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 260.

Wortmeldungen siehe Antrag 259.

S. 396	<b>55</b> <b>5550</b> <b>3913 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Dienste</b> <b>Vergütung an IMMO für Raumkosten</b>	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>260.</b>	Antrag Stadtrat				9'667'300	Mehrheit
					300'000	9'367'300 Minderheit
Begründung: Keine zusätzlichen Infrastrukturen						

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 261.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** *Wir fühlen uns nicht verpflichtet, im Detail zu begründen, warum wir den Betrag gekürzt haben wollen. Es ist schade, wenn man die Debatte so steuert, dass den Rednern das Wort beschnitten wird.*

**Rebekka Wyler (SP):** Wir haben die Argumente der SVP heute schon hundertmal gehört. Die Nachfrage nach Plätzen in Arbeitsintegrationsprogrammen ist gestiegen, weshalb wir hier mehr Geld beantragen.

S. 396	<b>55</b> <b>5560</b> <b>3011 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Einrichtungen und Betriebe</b> <b>Löhne der Teilnehmenden an Einsatzprogrammen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>261.</b>	Antrag Stadtrat				8'018'100	Mehrheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			4'000'000		4'018'100	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)

Begründung: Redimensionierung der Angebote

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

#### Antrag 262.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Monika Erfigen (SVP):** Wir fordern eine Reduktion der im Budget eingestellten Mittel um 50 %. Soziale Einrichtungen und Betriebe benötigen keine öffentlichen Aktionen.

**Rebekka Wyler (SP):** Gute Angebote müssen auch entsprechend bekannt gemacht werden. Verzichtet man auf die Effizienz öffentlicher Infoveranstaltungen, zum Beispiel im Bereich Wohnen und Obdach, gibt es viel mehr individuelle Anfragen. Diese müssen einzeln beantwortet werden, weil die Sorgen der BürgerInnen ernst zu nehmen sind. Mit dem SVP-Kürzungsantrag wird also nicht gespart.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Wer ein Problem hat, kann sich im Stadthaus nach entsprechenden Angeboten erkundigen. Die SP will nur ihre eigene Industrie schützen, bzw. weiter ausbauen. Diese absolute Nachfrage-Förderung ist sehr bedenklich. Niemand, der wirklich für soziale Gerechtigkeit ist, sollte diesen Antrag unterstützen.

38 / 38

S. 397	<b>55</b> <b>5560</b> <b>3107 0000</b>	<b>SOZIALDEPARTEMENT</b> <b>Soziale Einrichtungen und Betriebe</b> <b>Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>262.</b>	Antrag Stadtrat				40'400	Mehrheit
			20'200		20'200	Minderheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Reduktion um 50 %

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 39 Stimmen zu.

---

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 102, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat